

Länderbericht Berlin

Fazit

Der Stadtstaat Berlin hat vielleicht nicht den ungünstigsten, aber sicherlich den schwierigsten Arbeits- und Ausbildungsmarkt der Republik, der für die Berufsbildungspolitik des Landes eine schwere Hypothek darstellt, von der anhand der vorgelegten Daten nicht absehbar ist, wie das Land sie abtragen will: Der Arbeitsmarkt hat sich zu einem stark auf Dienstleistungen basierten Markt mit nur noch sehr wenigen Produktionsbeschäftigten (16 %) entwickelt. Hierzu passt, dass das duale Berufsbildungssystem zwischen 2007 und 2015 ein Viertel seiner Neuzugänge eingebüßt hat und mit einem Anteil von 46 % aller Neuzugänge zur Berufsausbildung an letzter Stelle der Bundesländer liegt (Ausnahme Baden-Württemberg; vgl. Länderbericht Baden-Württemberg). Die Entwicklung ist sowohl angebots- als auch nachfrageinduziert. Auf der Arbeitskräfte-seite weist der Arbeitsmarkt eine mit fast 11 % überdurchschnittliche Arbeitslosenquote, die zweithöchste unter den Ländern, sowie eine stark gespaltene Qualifikationsstruktur der Beschäftigten mit fast einem Viertel Hochqualifizierter und mehr als einem Viertel Geringqualifizierter ohne (erkennbaren) Ausbildungsabschluss auf. Hinzu kommt, dass das Arbeitskräftepotenzial auf der einen Seite, demografisch bedingt, im letzten Jahrzehnt geschrumpft ist und weiter schrumpfen wird, und auf der anderen Seite unter den 15- bis 24-Jährigen mit 40 % Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Potenzial steht, das in der Vergangenheit höchst unzureichend beruflich integriert werden können.

Man kann die Bedingungen für die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Lichte der hier präsentierten Daten benennen, freilich im Rahmen des Ausbildungsmonitors nur für die Nachfrageseite. Notwendig erscheint eine umfassende Qualifizierungsoffensive, die sich in wenigstens drei personenbezogenen Perspektiven bündeln lassen, die miteinander verbunden sind und ebenso die Erhöhung des Fachkräftepotenzials wie die Verringerung der sozialen Ungleichheit in der Ausbildung zwischen den sozialen Gruppen von Jugendlichen in den Blick rücken:

- Die in allen Ländern beobachtbare Unterrepräsentanz von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss in den vollqualifizierenden Ausbildungssystemen gewinnt in Berlin ein besonderes Gewicht, weil ihr Anteil an einem Absolventenjahrgang überproportional hoch ist. Ihre Chancen drohen sich mit der Verschiebung der Ausbildungsanteile vom dualen zum Schulberufssystem weiter zu verschlechtern, weil Hauptschüler im Schulberufssystem schon aufgrund von Zulassungsregeln weniger Zugang finden.
- Auch die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Zugang zur vollqualifizierenden Ausbildung zuungunsten der Männer scheinen sich mit der sektoralen Verschiebung – ceteris paribus – weiter zu verschlechtern.
- Als besonders gravierend erscheinen die jüngsten Verschlechterungen in den relativen Anteilen, im Schulberufssystem auch in den absoluten Zahlen, von Ausländern an den Neuzugängen zu vollqualifizierender Ausbildung. Bei 40 % Anteil an den Jugendlichen im besonders ausbildungsrelevanten Alter und den starken Zuwanderungen von Schutz- und Asylsuchenden kann man sich leicht ausrechnen, dass ohne die Aktivierung des Arbeitskräftepotenzials der ausländischen Jugendlichen der Berliner Arbeitsmarkt über kurz oder lang in Turbulenzen geraten würde – von den drohenden sozialen Verwerfungen ganz zu schweigen.

Es erscheint ausgeschlossen, dass die skizzierten Ungleichheiten in der Teilhabe an vollqualifizierender Ausbildung ohne gravierende institutionelle Reformen aufgehoben werden können. Bei dem spezifischen Typ der in Berlin dominierenden Dienstleistungsökonomie ist eine Revitalisierung des dualen Systems nicht zu erwarten. Eher steht zu befürchten, dass es zu einer vertieften Spaltung zwischen geringqualifizierten und hochqualifizierten Beschäftigungsverhältnissen kommt. Aufgabe der Arbeitsmarkt-, Berufs- und Beschäftigungspolitik müsste es sein, dieser Spaltung entgegenzuwirken.

Die Berufsbildungspolitik könnte zur Verbesserung der Ausbildungs- und perspektivisch der Arbeitsmarktsituation dadurch beitragen, dass sie zum einen mehr vollzeitschulische oder berufsschulisch und betrieblich kombinierte Ausbildungsangebote in den Dienstleistungsfeldern vorsähe, in denen heute zu wenig ausgebildet wird. Zum anderen hätte sie die Chance, durch Angebote und Berufsberatung die geschlechtsspezifischen Berufszuweisungen aufzubrechen und z. B. mehr Männer für Berufe in den personenbezogenen Diensten zu gewinnen. Da in Berlin – anders als in Bayern und Baden-Württemberg – kein mächtiger Industriesektor die beruflichen Preise verzerrt, könnten die Erfolgsaussichten für eine solche Strategie nicht schlecht stehen.

Schließlich ist auch in Berlin der Übergangssektor angesichts der erheblichen Zahlen zugewanderter Schutz- und Asylsuchender zu reorganisieren. Aus den begrenzten einigermaßen gesicherten Erfahrungen aus anderen Bundesländern besitzen am ehesten die beruflichen Schulen die Kompetenzen, um die erforderliche pädagogische Verbindung von Allgemeinbildung, Berufsvorbereitung sowie kultureller und sozialer Integration zu gewährleisten. Man darf aber mit den Kosten dieser Aufgabe das Land nicht allein lassen. Dass sich nicht nur in Berlin die Bundesagentur für Arbeit (BA) aus ihren Angeboten (BvB) im Übergangssektor mehr und mehr zurückgezogen hat, führt zu der Frage, ob nicht Teile der dadurch eingesparten Mittel in die von den Ländern ausgebauten berufsschulischen Angebote fließen sollten, da diese arbeitsmarktverbessernde Aufgaben wahrnehmen.

Den ganzen Länderbericht lesen

- [Download als pdf](#)

Autoren: Prof. Dr. Martin Baethge, Dr. Maria Richter (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, SOFI); Prof. Dr. Susan Seeber, Dr. Meike Baas, Dr. Christian Michaelis, Robin Busse (Universität Göttingen).